№ 42. Mittwoch, den 24. Mai. 1871.

Erscheint wöchentlich 2 mal in Leipzig.

Bestellungen nehmen alle Postanstalten und Buchhandlungen des In- und Auslandes an.

Für Leipzig nehmen Bestellungen an:
A. Bebel, Petersstraße 18,
F. Thiele, Emilienstraße 2,

Der Volksstaat

Abonnementspreis
Für Preußen incl. Stempelsteuer 16 Ngr., für die übrigen deutschen Staaten 12 Ngr. per Quartal.
Agent für London A. Duensing Foreign Bookseller, Librarian and Newsagent, 8 Little Newport Street, Leicester Square, W. C.
Filialexpedition für die Verein Staaten: F. A. Sorge, Box 101 Hoboken N. J. via Newyork

Organ der sozial-demokratischen Arbeiterpartei und der Internationalen Gewerksgenossenschaften.

An die Parteigenossen.

Bezugnehmend auf Nr. 32 des „Volksstaat", betreffend die Vertagung des Parteikongresses bis nach Pfingsten, bringen wir hiermit den Parteigenossen zur Kenntniß,

daß die Abhaltung des Parteikongresses zu Dresden am **15., 16.** und **17. Juli,** eventuell auch den **18. Juli a. c.** stattfinden soll.

Die Verhandlungen werden nach bisheriger Praxis in öffentliche und geschlossene getheilt. In den öffentlichen Sitzungen kommen die Prinzipienfragen, in den geschlossenen die inneren Angelegenheiten der Partei zur Verhandlung. Zu den öffentlichen Sitzungen ist der Zutritt Jedermann gestattet — vorbehaltlich des Rechts der Delegirten, jederzeit den Zutritt beschränken zu können. — An den Verhandlungen können nur die Delegirten und Parteigenossen theilnehmen, an den Abstimmungen nur die Delegirten.

Zu den geschlossenen Sitzungen haben nur die Delegirten und die Parteigenossen Zutritt.

Auf die vorläufige Tagesordnung für die öffentlichen Versammlungen, die Sonntag, den 16. und Montag, den 17., eventuell Dienstag, den 18. von Morgens 10 resp. 9 Uhr an beginnen sollen, setzen wir:

1) Allgemeiner Bericht des provisorischen Ausschusses.
2) Der Normalarbeitstag.
3) Die politische Stellung der Partei.
4) Das allgemeine Stimmrecht für die Vertretung der Einzelstaaten und Kommunen.
5) Der Reichstag und das Gesetz, betreffend die Verbindlichkeit zum Schadenersatz für die bei dem Betriebe von Eisenbahnen, Bergwerken ꝛc. herbeigeführten Tödtungen und Körperverletzungen.

Die Referenten für diese Fragen werden wir später bekannt geben.

Die geschlossenen Sitzungen werden Sonnabend, den 15. Juli, Abends 7 Uhr (Vorversammlung) und Sonntag, Montag, eventuell Dienstag nach Schluß der öffentlichen Sitzungen stattfinden.

Die Tagesordnung der Vorversammlung bilden folgende Gegenstände:

1) Abgabe der Mandate an das Lokal-Komitee.
2) Wahl des Bureaus für den Kongreß.
3) Wahl der Mandats-Prüfungs-Kommission.
4) Wahl einer Kommission zur Feststellung der Resolutionen zu den einzelnen Punkten der öffentlichen Sitzungen.
5) Wahl sonst noch nöthig werdender Kommissionen.
6) Feststellung der Reihenfolge der Tagesordnung und Geschäftsordnung für den Kongreß.

Die Tagesordnung der geschlossenen Sitzungen bilden:

1) Bericht des provisorischen Ausschusses.
2) Bericht der Kontrollkommission.
3) Diskussion und Anbringung von Beschwerden über Ausschuß, Kontrollkommission, Redaktion und Expedition.
4) Bericht der Mandatprüfungskommission.
5) Beschlußfassung über das literarische Unternehmen. Antragsteller: Die Parteigenossen in Hamburg (siehe Stuttgarter Kongreßprotokoll).
6) Berathung einer Geschäftsordnung für die Partei und den Ausschuß.
7) Anträge der Parteimitglieder.
8) Wahl des Ortes für den Ausschuß und die Kontrollkommission.
9) Wahl des Ortes für den nächsten Parteikongreß.

Parteigenossen, welche gewillt sind, Anträge für den Kongreß zu stellen, haben dieselben bis spätestens den **22.** Juni bei uns einzureichen, später eingehende Anträge können keine Berücksichtigung mehr finden, ausgenommen in dem durch § 7 unserer Organisation vorgeschriebenen Fall, daß ein Drittel der Delegirten sich dafür erklärt.

Jeder Delegirte muß mit einem Mandat versehen sein, das die Unterschriften von mindestens 3 Bureaumitgliedern derjenigen Versammlung trägt, in welcher er gewählt wurde. Ein Mandatformular werden wir in einer der nächsten Nummern des „Volksstaat" veröffentlichen.

Sind entfernter vom Kongreßort gelegene Orte außer Stande, selbstständig einen Delegirten zu senden, so empfehlen wir gemeinschaftliche Wahl mehrerer Orte. Uebertragung der Mandate an Parteimitglieder ist gestattet.

Parteigenossen! Der diesjährige Kongreß, der dritte seit Bestehen der Partei, hat vornehmlich die Aufgabe, davon Zeugniß abzulegen, daß unsere Partei lebt, trotz Gegenströmung und Ungunst der Zeitverhältnisse nicht erlahmte, daß die sozialdemokratische Arbeiterpartei in Deutschland, verbunden durch das uns alle beseelende Prinzip fest gegliedert dasteht, gegenüber der jetzt herrschenden Zerfahrenheit aller anderen Parteien!

Laßt uns durch ernste Thätigkeit am Kongreß und durch tüchtiges geistiges Schaffen unsern Prinzipien neuen Boden gewinnen.

Leipzig, 15. Mai 1871. **Der prov. Ausschuß.**

Freitag, den 26. d. M., Vormittags 8½ Uhr, findet die öffentliche Verhandlung in Sachen des Expostsekretär und nationalliberalen Zeitungskorrespondenten Leonhardt contra den Redakteur des „Volksstaat" im hiesigen Bezirksgericht statt.

Politische Uebersicht.

Eine Versailler Depesche vom heutigen Tage (22. d.) meldet die gestern erfolgte „Einnahme von Paris". Das ist Schwindel; denn, wenn es auch den Belagerern gelungen sein sollte, den Festungsgürtel und den Wall zu forciren, so wäre damit Paris noch lange nicht „eingenommen", und stünde der Hauptkampf doch noch bevor. Die letzten directen Nachrichten, welche uns zugegangen sind, lauten der Commune durchaus günstig.

Unterm 19. d., also 2 Tage vor der angeblichen Einnahme, schreibt man uns aus Paris:

„Die militärischen Operationen verfolgen ihren regelmäßigen Lauf. Seit 3 Tagen macht die Versailler Armee die verzweifeltsten Anstrengungen, sich des Boulogner Wäldchens zu bemächtigen. Eine von uns auf der Muette errichtete Batterie hat ihnen empfindlichen Schaden zugefügt: über 200 Belagrer sind auf dem Platz geblieben. Die freiwilligen Jäger von Paris hielten sich im Wäldchen und haben den Angriff heldenmüthig abgeschlagen.

„Die ganze Nacht Kanonendonner. Die Versailler beschießen die Wälle, von denen kräftig geantwortet wird. Die feindlichen Kugeln verursachen nur geringen Schaden, der sofort ausgebessert wird. Oberstlieutenant Mouteret, welcher am Maillot-Thor kommandirt, schreibt dem Civil-Delegirten*) des Kriegs: „So lange ich vor dem Maillot-Thor bin, können Sie sicher sein, daß der Feind nicht eindringt."

„Herr Thiers, welcher versprochen hatte, daß Paris am vorigen Mittwoch genommen sein würde, muß einen neuen Aufschub erbitten. Man möchte darauf schwören, daß das Haupt der Versailler Regierung vor Alter kindisch geworden sei — was beiläufig die für ihn günstigste Erklärung wäre, denn er läßt Handlungen von wahrhaft empörender Scheußlichkeit geschehen: man begnügt sich nicht, die gefangenen Nationalgarden zu erschießen und Petroleumbomben zu werfen — ein Brandstiftungsmittel, welches der gewissenhafte Trochu während der Belagerung niemals gegen die Preußen anwenden wollte, — man ermordet auch die das Genfer Kreuz tragenden Krankenwärterinnen, nachdem sie geschändet worden. Es erhellt dies aus einem, dem Kriegsdepartement zugegangenen Bericht des Bürger Garantie, Legionschef, und Butin, Lieutenant im Generalstab der 7. Legion.

„Was halten Sie von diesen Abscheulichkeiten? Und ganz Frankreich sollte sich nicht erheben, um gegen ähnliche Infamien zu protestiren? Man müßte an dem Sittlichkeitsgefühl der Nation verzweifeln.

„Die Reaktion ist thätig — sie webt ihre Intriguen. Während die Versailler Versammlung öffentliche Gebete anordnet, vertheilen die Agenten Bonaparte's im Namen Napoleons IV. (Lulu's!) Manifeste an die Unteroffiziere der Versailler Armee. Die Preußen nähern sich Paris auf der Nordseite und man kennt die Absichten des Herrn Bismarck nicht. Die Frage der fünf Milliarden kann schwer wiegen in der Wagschale. Die Abtreitung der Umgegend von Metz erregt allgemeine Entrüstung. Nur ein Mitglied der Versailler Versammlung erhob die Stimme dagegen; allein Hr. Thiers ergriff sofort das Wort und setzte die einstimmige Annahme des Frankfurter Friedensvertrags durch. Man sollte in der That meinen, die Versailler wären irrsinnig geworden: Wahnsinn oder Verbrechen, ein Drittes giebt's nicht.

„Seit der Explosion der Rapp'schen Patronenfabrik (wobei 100 Personen verunglückten) ist die Commune auf der Hut. Man weiß jetzt, daß die Reaktion jedes Verbrechens fähig ist, vor keiner Niederträchtigkeit zurückschreckt.

„Das Volk von Paris steht auf der Höhe seiner menschheitbefreienden Aufgabe: ermuthigt durch die Proteste der Munizipalitäten (Gemeindevertretungen) so vieler Schwesterstädte, glaubt es zuversichtlich an den Sieg. Wenn man die Nationalgarden unter dem Gesang der Marseillaise, begleitet von Frau und Kind, in den Kampf ziehen sieht, dann fühlt man sich wahrhaft erhoben durch den Anblick dieses opferfreudigen Heldenmuths. Und doch hat der „Figaro", ein bonapartistisches Blatt, die Frechheit, Folgendes zu schreiben: „Beim heiligen Knüttel! Einmal in Paris, muß man alles erschießen: die Commune, den Wohlfahrtsausschuß, das Centralkomite, die Journalisten, die Kommissare, die Freimaurer, die Sänger patriotischer Lieder, die Obersten, Kommandanten und Offiziere der Nationalgarde, sammt Allen, von denen sie gewählt worden." Der „Figaro" hätte, das Wort des Auvergnaten**) parodirend, sagen können: Wir sind weder ehrliche Leute noch Patrioten, sondern lauter Canaillen — wie unter dem Empire."

Anschließend an obige Correspondenz theilen wir nachstehenden Auszug aus einem Privatbriefe mit. Derselbe ist von der Mutter eines der Häupter der Commune und athmet den heroischen Geist, welcher das Pariser Volk und namentlich auch die Frauen beseelt:

„— — — Die Bevölkerung von Paris ist großartig. Ihre Aufopferung ist würdig der heroischsten Zeiten. Sie wird siegen; alles berechtigt zur Hoffnung auf ein gutes Ende. Hoffen wir, daß endlich einmal die Gerechtigkeit vollständig zur Herrschaft gelangen wird! — Ein Freund, welcher neben mir steht und dem ich sage, daß ich von Hoffnung auf den Sieg des guten Rechts schreibe, sagt mir: Schreiben sie: Gewißheit! Nur Verräther zweifeln! — — —"*)

Die Kommune hat folgende Proklamation „an die großen Städte" erlassen:

„Nach einer zweimonatlichen Schlacht ist Paris noch unverletzt. Paris kämpft fortwährend, ohne Waffenstillstand und Ruhe, unermüdlich, zum Aeußersten entschlossen. Paris hat einen Pakt mit dem Tode abgeschlossen. Hinter seinen Forts hat es seine Mauern, hinter seinen Mauern hat es seine Barrikaden, hinter seinen Barrikaden seine Häuser, welche man ihm eins nach dem andern entreißen muß, und die es nöthigenfalls eher in die Luft sprengen wird, als sich auf Gnade oder Ungnade zu ergeben. Große Städte Frankreichs! Werdet ihr unbeweglich und gleichgiltig diesem Kampfe auf Leben und Tod zuschauen, welchen die Zukunft mit der Vergangenheit, die Republik mit der Monarchie kämpft? Oder werdet ihr endlich einsehen, daß Paris als Vorfechter Frankreichs und der Welt dasteht, und ihm nicht helfen Verrath ist? Ihr wollt die Republik, — oder eure Abstimmung hat keinen Sinn; ihr wollt die Kommune, denn sie zurückstoßen wäre die Abdankung eines Antheils der Volks-Souveränetät; ihr wollt die politische Freiheit und die soziale Gleichheit, weil ihr sie in eure Programme einschreibt; ihr seht deutlich, daß die Versailler Armee die Armee des Bonapartismus, des monarchischen Centralismus, des Despotismus und des Privilegiums ist, denn ihr kennt ihre Führer und ihr erinnert euch ihrer Vergangenheit.

„Was erwartet ihr, um euch zu erheben? Was erwartet ihr, um aus eurer Mitte die infame Regierung der Kapitulation und der Schande zu jagen, welche zu dieser Stunde von Preußen die Mittel erbettelt und erkauft, um die Stadt Paris von allen Seiten zugleich zu bombardiren? Wartet ihr darauf, daß die Soldaten des Rechtes von vergifteten Kugeln von Versailles bis zum letzten Manne gefallen sind? Wartet ihr, bis Paris in einen Kirchhof und jedes seiner Häuser in ein Grab umgewandelt ist? Große Städte! Ihr habt ihm eure brüderliche Zustimmung gesandt; ihr habt ihm gesagt: „Von ganzem Herzen bin ich mit dir!" Große Städte! Die Zeit gehört nicht mehr den Manifesten, sie gehört den Handlungen, wenn die Kanone das Wort hat. Genug der platonischen Sympathien. Ihr habt Gewehre und Munition: Zu den Waffen! Steht auf, ihr Städte von Frankreich! Paris blickt auf euch. Paris erwartet, daß ihr einen Kreis um seine feigen Bombardirer zieht und sie verhindert, der Züchtigung zu entgehen, die es ihnen vorbehalten hat. Paris wird seine Pflicht thun und wird sie bis zuletzt thun. Aber vergeßt nicht, Lyon, Marseille, Lille, Nantes, Bordeaux und ihr anderen, wenn Paris für die Freiheit der Welt unterliegen sollte, so wird die rächende Geschichte das Recht haben, zu sagen, daß Paris erwürgt wurde, weil ihr die Mordthat geschehen ließet!"

Das „Journal officiel" der Kommune vom 17. d. schreibt über die Zerstörung der Vendome-Säule: „Das Dekret der Kommune von Paris, welches die Zerstörung der Vendome-Säule anbefahl, ist gestern unter den Zurufen einer zahlreichen Menge ausgeführt worden, welche ernst und nachdenklich dem Sturze eines gehässigen, dem falschen Ruhme eines Ungeheuers von Ehrgeiz errichteten Denkmals beiwohnte. Das Datum des 26. Floreal wird in der Geschichte ein ruhmvolles sein; denn es besiegelt unseren Bruch mit dem Militarismus, jener blutigen Verneinung aller Menschenrechte. Der erste Napoleon hat Millionen von Kindern des Volkes seinem nie zu stillenden Durst nach Herrschaft geopfert; er hat die Republik umgebracht, nachdem er geschworen hatte, sie zu vertheidigen; ein Sohn der Revolution, hat er sich mit den Vorrechten und dem grotesken Prunk des Königthums umgeben, seine Rache verfolgte Alle, die noch denken wollten oder nach Freiheit trachteten; er wollte eine Sklavenkette an den Hals der Völker schmieden, um allein in seiner Eitelkeit inmitten der allgemeinen Erniedrigung zu thronen: dies war sein Werk durch fünfzehn Jahre. Es begann am 18. Brumaire mit dem Meineid, behauptete sich durch das Gemetzel und wurde von zwei Invasionen gekrönt, es ließ nichts zurück als Ruinen, eine lange moralische Demüthigung, die Erschöpfung Frankreichs und das Vermächtniß des zweiten Kaiserreichs, welches am zweiten Dezember begann, um mit der Schande von Sedan zu enden. Der Kommune von Paris lag die Pflicht ob, dieses Sinnbild des Despotismus niederzuwerfen: sie hat diese Pflicht erfüllt. Sie beweist damit, daß sie das Recht über die Gewalt stellt und die Gerechtigkeit über den Mord, auch wenn dieser siegreich ist. Davon möge man überzeugt sein: die Säulen, welche sie je errichten sollte, werden niemals irgend einen Räuber verherrlichen, sondern die Erinnerung einer ruhmvollen Eroberung auf dem Gebiete der Wissenschaft, der Arbeit und der Freiheit verewigen." —

Bekanntlich hat der deutsche Kaiser bestimmt, daß den Offizieren bis zum Corpskommandanten aufwärts „Retablissementsgelder" in der Höhe von 75 bis 5000 Thalern bewilligt werden. Ludwig der Baier, in dessen Land eine von der preußisch-deutschen getrennte Militärverwaltung besteht, nahm sich das edle Beispiel des greisen Wohlthäters — welcher jene Summe aus dem Staatssäckel dekretirte, ohne auch nur die Zustimmung

---

*) Damit das militärische Element nicht freiheitsgefährlich überwuchern kann, hat die Kommune dem Kriegsminister, wie jedem höheren Militär einen bürgerlichen Delegirten, nach dem Muster der Civilkommissäre des alten Konvents beigegeben.

**) Des in der Auvergne geborenen, berüchtigten Generals Ducrot, welcher in einem Tagesbefehl sagte, daß die Anhänger der Kommune ein Haufen Elender seien.

*) Charakteristisch ist, in welchem Zustand dieser Brief in die Hände des Empfängers kam: Die zweite Hälfte des Schreibens, welche eine ganz besondere Anziehungskraft gehabt haben muß, war abgerissen, und die Adresse trug eine fremde Handschrift. Zu bemerken ist noch, daß mehrere im Brief als abgesandt angekündigte Zeitungen nicht eingetroffen sind. Herr Stephan wird dies wohl für bloßen Zufall erklären, — sonderbar nur, daß solche „Zufälle" sich mit wunderbarer Regelmäßigkeit wiederholen.

Die Red. des „Volksstaat."

Fortsetzung auf Seite 4.

Die Belagerung von Paris.

Die Regierung. (Fortsetzung.)

Fünfter Punkt. Die innere Verwaltung von Paris.

Das große Steckenpferd der Opposition, unter der Regierung Bonaparte's, war die Frage der munizipalen Unabhängigkeit; die Opposition hatte besonders in starken Ausdrücken gegen die politische Isolirung protestirt, der Paris unterworfen war. Man hatte folglich alle Ursache, zu glauben, daß es eine der ersten Handlungen der Regierung sein werde, Paris die Leitung seiner Geschicke zu übergeben, indem sie die Wähler aufrief, einen Munizipalrath zu ernennen.

Man wende uns nicht ein, daß das, was in gewöhnlichen Zeiten vortrefflich wäre, nicht auch im Falle der Belagerung angewendet werden könne; im Gegentheil, gerade wegen der Belagerung war es unumgänglich nothwendig, Paris die Regierung seiner selbst zu übergeben.

Denn in der That, wir haben es hier nicht mit einem befestigten Platze zu thun, wo die Bevölkerung der Garnison in Zahl untergeordnet ist, wo nur in letzterer das Heil beruht und wo alle Hilfsmittel sich auf jene beschränken, welche die militärischen Magazine schon beim Beginn der Cernirung darboten.

Wir haben es mit einem Staat von 2,000,000 Einwohnern zu thun, der fähig ist, selbst für seine Vertheidigung zu sorgen, und der in seinem Schooße das Material und die nöthigen Arbeiter birgt, um alles, was zur Vertheidigung nöthig ist, herbeizuschaffen.

Von diesem Staate muß man alle Opfer für die Vertheidigung des Vaterlandes verlangen. Die Industrie muß aussetzen, die Lebensmittel werden geschmälert, die Bürger müssen zu jeder Stunde bereit sein, ihr Leben und, was ihnen oft noch schwerer wird, ihr Vermögen aufzuopfern. Man wird also Requisitionen erheben an Menschen, an Lebensmitteln, an Material, an Arbeit, an Geld, an Geduld, an Muth, an Ruhe, an Energie und Stoicismus. Und man sollte den Bürgern von Paris das Recht streitig machen, sich über die Art und Weise zu unterrichten, wie man solche Opfer verwendet, und Solche zu erwählen, welche im Stande sind, diese Opfer zu verwerthen, und Solche zurückzuweisen, die durch ihre Feigheit oder Untüchtigkeit zu Verräthern am Vaterlande werden müßten.?

Je mehr der Staat, die Gesammtmasse der Bürger, von jedem Einzelnen zu fordern hat, je mehr soll auch jeder einzelne Bürger das Recht haben, die Verwalter der öffentlichen Angelegenheiten zu überwachen. Das rührt von der Verwechslung her, die zwischen dem Staat und seinen Dienern gemacht wird. Unstreitig, je größer die Gefahr ist, je stärker muß der Staat sein, d. h. desto mehr muß vor dem Gesammtinteresse das Interesse des Einzelnen schweigen. Damit soll aber nicht gesagt sein, daß die Beamten des Staats, Regierung und Minister, stark sein sollen. Wunderlicher Mißbrauch der Worte, sonderbare Verkehrung der Ideen, aus den Dienern Herren zu machen!

Aber dann wäre eine Doppelherrschaft gewesen, wird man einwenden, was bliebe dann der Regierung der nationalen Vertheidigung zu thun übrig? Sie hatte Paris zu verlassen, wo es nichts für sie zu thun gab und sich in die Provinz zu begeben. Das belagerte Paris konnte der Regierung nicht zur Residenz dienen, sie war nur ein Hinderniß und eine Verlegenheit mehr.

Aber natürlich Trochu & Comp. mußten hier wie überall der gesunden Vernunft zuwider handeln. Sie erklärten, die kritische Lage, in der man sich befinde, erlaube nicht, daß man eine Wahl vornehme (und nie hat man in Paris so viel gewählt, als während der Belagerung.) Sie ernannten also in jedem Arrondissement einen Maire, und setzten Etienne Arago als Maire von Paris ein. Diese Maires und Gehülfen waren bei der leisesten Widersetzlichkeit in Gefahr, abgesetzt zu werden.

Hier ein kleines Beispiel, das zugleich den Liberalismus der neuen Regierung und die Abhängigkeit zeigt, in der sie ihre Maires zu halten verstand:

H. Jules Mottin, Maire des 11. Arrondissements, läßt unter dem allgemeinen Jubel seiner Beamten den Frères Ignorantins*) die Leitung der Munizipalschulen abnehmen, um sie weltlichen Direktoren zu übergeben; auch wurden aus den Schulsälen die Heiligenbilder, die die Wände zierten, abgenommen.

Der Clerus von Paris entsetzte sich daran, das „Univers"**) wurde davon angesteckt, und alle frommen Seelen und gutdenkenden Journale stellten Hrn. Jules Simon zur Rede, daß er solchen Skandal dulde. Der christliche Philosoph entsetzte sich seinerseits, er erinnerte sich, daß der Apostelfürst auch Simon hieß, ebenso, daß der Vater der Cäsaren Julius hieß, und glaubte sich deshalb verpflichtet, Apostel und Despot zugleich zu sein, zwei Eigenschaften, die sich übrigens nicht ausschließen. Herr Mottin wurde also abgesetzt, und man ernannte an seiner Statt Hrn. Arthur von Fonvielle, der die edle Mission annahm, die Frères Ignorantins wieder einzusetzen und die Heiligenbilder wieder aufzuhängen.

* * *

Von dem Augenblick an, als sich die Regierung vornahm, nicht einen fingerbreit von ihrer absoluten Gewalt abzugeben, von dem Augenblick an, wo sie, wie die Könige von Gottes Gnaden, jede Erörterung über ihre Gewalt abschnitt, war sie genöthigt, jene Polizeigewalt, die allen Regierungen so wichtig ist, aufrecht zu erhalten. Keratry, der Held der mexikanischen Contre-Guerillas, setzte sich hier fest. Da aber das Volk von Paris die Haltung dieser liebenswürdigen Kopfabschneider, die man Stadtsergeanten nannte, nicht zu ertragen Willens war, so wurden diese braven Leute umgetauft und man hieß sie Gardiens de la paix (Friedenshüter). Man nahm ihnen ihre Schnauzbärte, ihre Claquehüte (Klapphüte) und ihre Degen, ein Regenmantel ersetzte ihren Rock, und die Umwandlung war vollbracht. Die Munizipalgarde ihrerseits hieß sich republikanische Garde, und alles war aufs beste unter der besten der Präfekturen.

Auf Keratry, der in die Provinz abreiste, folgte Adam. Keratry hielt es für originell, vor seiner Abreise einen Rapport zu veröffentlichen, der auf die Unterdrückung der alten Polizeipräfektur hinauslief. Begreiflicherweise gab man demselben keine Folge.

Wir werden auf die Verwaltung von Paris zurückkommen, wenn wir von der Haltung des Volkes sprechen werden. Wir haben nun einige Worte über die Beziehungen zwischen der Regierung von Paris und der Provinz zu sagen.

(Fortsetzung folgt.)

*) Eine Filialgesellschaft der Jesuiten, die, wie ihr Name (unwissende Brüder) schon andeutet, sich die Volksverdummung als Geschäft erwählt haben.

**) Organ des ultramontanen Klerus

Der Normalarbeitstag.

Von A. Geib.

Im Programm der sozial-demokratischen Arbeiterpartei wird unter den in der Agitation zunächst zu erstrebenden Forderungen auch die Einführung des Normalarbeitstages betont. Es ist dies eine Forderung, welche zugleich das Verlangen nach Einschränkung der Frauenarbeit und nach Verbot der Kinderarbeit in sich schließt, und welcher Ausdruck zu geben vor allem die Gewerkschaftsbewegung berufen ist. Leider aber thürmte sich bis jetzt den Gewerkschaften eine solche Unzahl von Hindernissen entgegen, daß es nöthig erscheint, eine neue, lebhafte Agitation zur Gewinnung einer breiteren Grundlage, einer festeren Gestaltung hervorzurufen. Und zum anregenden Inhalte dieser Agitation kann wohl kaum eine leichtverständlichere, eine wichtigere Frage, als es die des Normalarbeitstages ist, gefunden werden. Wir ersehen dies von Monat zu Monat aus den Arbeitseinstellungen, welche mit dem Wachsthum des Großkapitals Schritt halten, und ja auch nicht zum geringen Theile die Verkürzung der Arbeitszeit, sowie die Verbesserung der Arbeitsräume hinsichtlich ihres gesundheitsschädlichen Einflusses bezwecken.

Wenn ich nun heute besonders für die Erstrebung des Normalarbeitstages eintrete und ihn in nächster Zeit, mehr als es in Deutschland je vorher geschehen ist, zum Gegenstand einer eingehenden Erörterung, einer kräftigen Agitation bezeichnet sehen möchte, so geschieht dies, weil ich erwarte, daß die durch den letzten Krieg hervorgerufene Produktionsstörung vorzüglich in Deutschland nach geschlossenem Frieden einer wüthigen Produktionssucht weichen und deshalb eine größere Nachfrage nach Arbeitskraft erfolgen wird. Einen solchen Wendepunkt dürfen die Arbeiter sich nicht entgehen lassen, ohne für die Erleichterung ihres Looses und damit für die Kräftigung der Arbeiterbewegung etwas gethan zu haben. Man kann sich streiten darüber, ob eine solche Agitation, nicht zufrieden mit dem unmittelbaren Kampfe zwischen Lohnarbeitern und Unternehmern, auch direkt an die Gesetzgebung des „neuen deutschen Reiches", also an den Reichstag appelliren solle. Schaden kann dies nach meiner Ansicht keineswegs, mag der Reichstag noch so machtlos, oder unsern Bestrebungen noch so feindlich sein. Denn je mehr wir die Gegner der Arbeitersache durch den Probirstein „Normalarbeitstag" blosstellen, desto mehr werden die Prinzipien der Sozialdemokratie dabei gewinnen. Wir müssen die Fahne einer solchen Agitation möglichst überall entfalten, nicht etwa um unsere sozial-demokratischen Ziele damit zu verdecken, sondern um die zu ihnen hinführenden Schritte populär zu machen, kurz, um eine große und breite Stufe zu schaffen, worauf der Massentritt der Arbeiterbataillone vor Entkräftung geschützt, weil dem Sumpfe der Gleichgültigkeit gegen die eigene Klassenlage, enthoben wird.

Ueber den Normalarbeitstag ist seitens der deutschen Sozial-Demokraten schon viel gesprochen, weniger aber geschrieben worden. Und fast wäre weiteres Schreiben auch überflüssig, wenn das Marx'sche Werk „Das Kapital", insbesondere die darin enthaltene Abtheilung „Arbeitstag", mehr gelesen würde. Allein sei dem, wie ihm wolle, eine Erörterung des Normalarbeitstages kann auch in diesem Blatte nur von Nutzen sein, denn nur durch Meinung und Gegenmeinung wird schließlich Klarheit erlangt. Betreffs der Wichtigkeit der Frage genügt es, darauf hinzuweisen, daß sich sowohl die internationalen Arbeiterkongresse, wie auch die Kongresse der Arbeiter in den Vereinigten Staaten Nordamerika's, in England, Deutschland u. s. w. wiederholt mit derselben beschäftigt haben. Alle diese Kongresse sprachen sich für den Normalarbeitstag, beziehungsweise für dessen Anwendung in immer mehr Industriezweigen, aus.

Nach den gründlichen Untersuchungen von Karl Marx über den Begriff und die Entstehung des Kapitals liegt das Geheimniß, welches lange Zeit über die kapitalistische Produktionsweise ausgebreitet war, offen zu Tage. Bis in seine innersten Tiefen ist dieses Geheimniß enthüllt. Aber es ist nicht einmal nöthig, die großen Resultate dieser Untersuchungen sämmtlich zur Befürwortung des Normalarbeitstages ins Feld zu führen, denn ein jeder Arbeiter kann es schon an sich und seinen Mitarbeitern ersehen, welche Verheerung die Ueberarbeit, sobald sie Regel geworden ist, zur Folge hat. Und gegen die Ueberarbeit, oder sagen wir die Ueberarbeitung, richtet sich der Normalarbeitstag, welcher die Ausnutzung der menschlichen Arbeitskraft nur in gewissen, beschränkten Zeiträumen gestattet. Der Arbeiter muß unter denselben Unbedingungen leben, wie andere Menschen, also auch bei ihm ist das Leben ohne Befriedigung einer Anzahl Bedürfnisse, wie Nahrung, Kleidung, Wohnung, Erziehung, Fortbildung u. s. w., nicht möglich. Diese Bedürfnisse muß er — der besitzlose Arbeiter — durch das einzige Tauschmittel, welches ihm als Mensch eigen ist, durch seine Arbeitskraft, erschwingen. Er verkauft diese Arbeitskraft — seine Waare — gegen andere Tauschwerthe, womit er dann seine Lebensbedürfnisse befriedigt. Nun fragt es sich zunächst, ob die Arbeit eines ganzen Arbeitstages — sagen wir von 12 Stunden — nöthig ist, um den Arbeiter für den vollen Lebenstag von 24 Stunden zu erhalten. Dies ist nicht der Fall, denn sonst würde der Ertrag der Arbeit immer nur so viel Werth in sich schließen, als dafür an Lohn durch den Käufer der Arbeitskraft, den Unternehmer, gezahlt wird. Es würde der Werth der Waare, welche vom Arbeiter aus einem bestimmten Quantum Rohstoffen verfertigt wird, nur immer so groß sein, wie der Werth des Rohstoffes und der Arbeitslohn des Arbeiters zusammen betragen. Hätte der Rohstoff 1 Thlr., die Arbeitskraft, welche zur Umschaffung des Rohstoffes in andere Waaren erforderlich war, gleichfalls 1 Thlr. gekostet, so müßte dann die so erzeugte Waare dem Konsumenten (Verbraucher) für 2 Thlr. käuflich sein. Allein dem ist nicht so, der Arbeiter schafft im Produktionsprozeß noch all jenen Werth mit, welcher in der Form von Unternehmergewinn (Kapitalzins) den Besitzern der Produktionsmittel, des Kapitals, zufällt. Er schafft folglich einen neuen Werth, welcher vermittels der heutigen Gesellschaftsordnung vom Konsumenten an den Käufer und Ausbeuter der Arbeitskraft gezahlt wird. Diesen neuen Werth, oder Werth über ihre Selbstkosten, bringt die Arbeitskraft des Arbeiters im ausdrücklichen Unterschied von anderen Waaren hervor, welchen nur Gebrauchs- oder Tauschwerth, nichts mehr und nicht weniger, eigen ist. Ohne diesen neuen Werth, von Marx Mehrwerth genannt, in Händen der Käufer der Arbeitskraft könnte die kapitalistische Produktionsweise, also die ganze Klasse von Kapitalisten, nicht bestehen, denn es ist Lebenselement dieser Produktionsweise, so viel mehr aus der in ihrem Dienste stehenden Arbeitskraft herauszupressen, als zur Erhaltung der von Gottes- und sonstigen Gnaden Besitzer der Produktionsmittel erfordert wird. Es kann unter dem Druck dieses Systems die zur Erhaltung des Arbeiters nothwendige Arbeit demnach immer nur einen Theil des ganzen Arbeitstags bilden, der Arbeitstag also nie so kurz sein, als ausschließlich Zeit zu des Arbeiters nothwendiger Arbeit (Lebensunterhalt) erforderlich ist. Von dem Tage an, wo der Kapitalist in Folge irgend einer Krisis nichts mehr am Arbeiter verdient, wird er aufhören müssen, Arbeitskraft zu kaufen, wird er von seinem Kapital leben, so lange es geht, und endlich selbst zu arbeiten gezwungen sein. Daß diese Erscheinung — Beendigung des Systems der Lohnarbeit — durch den Normalarbeitstag verwirklicht werden könne, wird Niemand behaupten. Denn die kapitalistische Produktionsweise hat die unerbittliche Logik, daß „die Zeit, während deren der Arbeiter arbeitet, zugleich diejenige Zeit ist, während deren der Kapitalist die von ihm gekaufte Arbeitskraft konsumirt", also während deren er neue Werthe, welche nur vermittels Arbeit möglich sind, durch das Monopol der Arbeitsmittel sich aneignet, oder, um mit Herrn Schulze-Faucher zu reden, Entbehrungslohn, (jedoch nicht den seinigen, sondern den des Arbeiters) aufhäuft. So lange die kapitalistische Produktionsweise herrscht, kauft sie immer nur so viel Arbeitshände, als sie zu ihrer Existenz gebraucht, ganz nach dem ökonomischen Gesetz von Angebot und Nachfrage.

Sobald nun feststeht, daß der Arbeiter mehr produzirt, als ihm im Lohn gezahlt wird, fragt es sich hier bei Erwägung des Normalarbeitstags, ob sich, so gut wie es eine Minimalschranke des Arbeitstages giebt, gezogen durch die zur Selbsterhaltung des Arbeiters nothwendige Arbeitszeit, eine äußerste Grenze des Arbeitstags — Maximalschranke — finden läßt. Und dies ist der Fall. Solche äußerste Grenze liegt in der Dauer der Möglichkeit körperlicher und geistiger Thätigkeit, außer der Zeit zur Befriedigung der Bedürfnisse des Essens, Trinkens, Schlafens, Kleidens u. s. w., sowie zur Befriedigung geistiger und sozialer Bedürfnisse. Nun unterliegt es keinem Zweifel, daß es schwer fällt, diese Grenze haarscharf zu ziehen. Außer Zweifel aber steht es, daß der Kapitalist und der Lohnarbeiter bei Verwendung der Arbeitskraft des letztern ein völlig entgegengesetztes Interesse besitzen. Der Kapitalist sucht möglichst viel Arbeit (also lange Arbeitszeit) dem Arbeiter abzuzapfen, während der Arbeiter mit seinem Besitzthum, der Arbeitskraft, sparsam sein muß, um nicht allzu früh in dem Schlund der modernen Gesellschaftsordnung zu verschwinden. Diese Sparsamkeit verwerfen jedoch viele Kapitalisten, so sehr sie auch sonst der unmöglichen Sparsamkeit der Arbeiter das Wort reden. Neben diesen Kapitalisten giebt es leider auch noch viele Arbeiter, welche nicht einsehen, daß die Ueberarbeit, die Arbeit über das Durchschnittszeitmaß, nur momentan materiellen Gewinn bringt, hinterher aber stets eine körperliche und geistige Entkräftung und damit eine Entwerthung der persönlichen Leistungsfähigkeit im Gefolge hat. Sie ahnen es nicht oder wollen es sich nicht eingestehen, daß bei immerwährender Ueberarbeit die Lebensdauer abgekürzt, die Konkurrenz im Lohne unerträglich und die eigentliche Noth in materieller wie in sittlicher Beziehung erst ständig wird. Veranschaulichen wir uns letzteres durch ein Beispiel: Es arbeitet Jemand in Lohn täglich 15 Stunden für 30 Groschen, er drückt folglich seinen Konkurrenten, welcher nur 10 St. arbeitet, auf 20 Groschen Tageslohn herab, oder zwingt ihn, um leben zu können, für 30 Gr. gleichfalls 15 Stunden täglich thätig zu sein. Nun macht der Körper seine Rechte geltend; er beansprucht eine bessere Nahrung, um die lange Arbeitszeit ausfüllen zu können, kostet demnach mehr wie bei normaler Arbeitszeit, ohne daß damit auf die Dauer rasche Entkräftung zu vermeiden ist; oder auch, er behält die gewohnte Nahrung bei und unterliegt dann um so schneller dem Verderben, das sich in Siechthum oder einer sonstigen Krankheit äußert. Endlich kommt noch die wichtige Erwägung hinzu, daß, wenn alle Arbeiter eines Industriezweiges schließlich ohne Ausnahme täglich 15 St. arbeiten, der Arbeitgeber in Folge der Thatsache, daß bei langer Arbeitszeit auf die Dauer die Bedürfnißlosigkeit des Arbeiters zunimmt, durch die Konkurrenz, welche sich die Arbeiter in der Ueberarbeit selbst bereiten, befähigt wird, den Lohn nach und nach herabzusetzen. Entsteht dann eine Ueberproduktion und Krisis, so liegt der Arbeiter auf der Straße, verkommen an Geist und Körper und ohnmächtig zu weltbewegenden Schritten.

Es kann gar nicht fraglich sein, daß der Arbeiter ein Thor wäre, wenn er gleichgiltig dem Verbrauch seiner Arbeitskraft durch übernatürliche Anstrengung, anstatt bei normaler Thätigkeit in 30 Jahren, nun in 20 oder 15 Jahren zusehen würde. Reibt der Arbeiter sich in 30 Arbeitsjahren auf, so verschleißt derselbe täglich, das Jahr zu 365 Tagen gezählt, nur $^1/_{10950}$ seiner Arbeitskraft, während er bei 15 Jahren täglich $^1/_{5475}$ seiner Arbeitskraft konsumirt, also, um die Hälfte seines einzigen Besitzes übervortheilt, frühzeitig dem Lebensbankerott verfällt. Je mehr sich aber der Großbetrieb hebt, desto anmaßender tritt er gegen den Lohnarbeiter auf, denn auch ihm kommt der Appetit beim Essen, obgleich er wissen müßte, daß die Ueberaussaugung des Arbeiters schließlich ein arbeitsunfähiges oder ein, infolge großer Sterblichkeit theures Proletariat erzeugt, welches den Spieß selbst wider Willen gegen seinen Peiniger umdreht und den Gelüsten des Kapitals nicht zu genügen vermag. „Dieselbe Nothwendigkeit," sagt Marx, „welche den Guano auf die englischen Felder ausgoß, diktirte die Beschränkung der Fabrikarbeit." Hier wie da war es der ins Blaue hinein wüthende Raubbau, welcher die natürlichen Kräfte so sehr erschöpfte, daß eine neue Macht zu Hilfe genommen werden mußte, um die frühere Ertragsfähigkeit, hier der menschlichen Arbeitskraft, dort der Ackerkrume,

wieder zu erreichen. Bei der Ackerkrume hieß diese Macht künstlicher Dünger, bei dem Lohnarbeiter Normalarbeitstag. Als die Pflanzer in den verschiedenen Kolonien noch im Stande waren, neue, billige Arbeitskraft in Form der Zufuhr von Negersklaven aus Afrika zu erlangen, konnten sie, sobald die moderne Großindustrie die Erzeugnisse der unter den Tropen liegenden Plantagen freudig und gierig verschlang, nicht genug Arbeit aus den armen Negern herauspeitschen. Es hatte das einzelne Negerleben für sie nur geringen Werth, da stets Ersatz dafür zu finden war. Sobald aber die Ersatzquelle verstopft worden, erkannten sie erst das Unmenschliche ihres Treibens und betrachteten den Neger als ein erhöhetes Werthstück, das in ihrem eigenen Interesse der Schonung bedurfte. Es ergiebt sich daraus die traurige Wahrnehmung, daß die Humanität der herrschenden Klassen meistens erst da beginnt, wo sie vom eigenen Vortheil geboten wird. Und sowie die Stellung des Pflanzers zu seinem schwarzen Arbeiter, ebenso erscheint die Stellung des Unternehmers zum weißen Arbeiter; auch letzterer ist, trotz aller Freiheitsgaukelei der modernen Gesellschaft, nur frei, soweit es sein Hunger gestattet, dann aber gezwungen, seine Freiheit auf Tage, Wochen, Monate oder Jahre in Form von Lohn zu verkaufen. Dieser unfreiwillige Verkauf kann durch die Macht der Vereinigung der Arbeiter in seinen Folgen bedeutend gemildert werden, sei es in Bezug auf Lohn, sei es in Bezug auf Arbeitszeit. Die bis jetzt aufgetretenen Arbeiterverbindungen haben dies besonders in England, dann aber auch in Belgien, Deutschland, Frankreich, Italien, Spanien und Nordamerika gezeigt. Theils entwickelten sich aus dieser Bewegung neue, für die Arbeiter günstige Gebräuche, theils durch das Einschreiten des Staates neue Gesetze. Und warum auch sollte der Staat nicht einschreiten, um sichtbare Schäden zu heben? Dasselbe Gesetz, welches die Haftpflicht der Eisenbahnen ꝛc. bei den durch letztere herbeigeführten Verunglückungen anordnet, dasselbe Gesetz, welches den Mord, den Einer am Andern verübt, sowie den versuchten Selbstmord bestraft, dasselbe Gesetz hat auch dafür zu sorgen, daß einerseits die Arbeitszeit und die Arbeitsräume, anderseits aber die einzelnen, noch bethörten Arbeiter an der unnatürlichen Zerstörung der Arbeiterleiber verhindert werden.

(Fortsetzung folgt).

In Sachen Tolain's hat der Generalrath der Internationalen Arbeiter-Assoziation beschlossen:

In Erwägung, daß der Generalrath ersucht worden ist, den Beschluß des Bundesraths der Pariser Sektionen (durch welchen der Bürger Tolain aus der Assoziation ausgestoßen wird, weil er, der in die Nationalversammlung gewählt worden, um dort die Arbeiterklasse zu vertreten, ihre Sache in der feigsten Weise verrathen hat) zu bestätigen;

In Erwägung, daß der Platz jedes französischen Mitgliedes der Internationalen Arbeiter-Assoziation zweifellos zur Seite der Kommune und nicht in der usurpatorischen, contrerevolutionären Versammlung von Versailles ist; bestätigt der Generalrath den Beschluß des Pariser Bundesraths und erklärt den Bürger Tolain aus der Internationalen Arbeiter-Assoziation ausgestoßen. London, den 25. April.

Die Mitglieder der internationalen Arbeiterassoziation in Genf haben eine Petition an den großen Rath beschlossen, worin unentgeltlicher und obligater Unterrricht in den untern Klassen, eine Unterstützungskasse für dürftige Schüler, die Abschaffung des konfessionellen Unterichts und Trennung von Kirche und Staat begehrt wird. — (Eine ähnliche Forderung ist auch von unsern Pariser Bundesgenossen an die Kommune gestellt und durchgesetzt worden.)

Am Pfingstmontag wird in Zürich eine sozialdemokratische Delegirtenversammlung tagen, um über ein gemeinsames Vorgehen gegenüber den in Aussicht stehenden neuen Gewerbe- und Schulgesetzen zu berathen. Folgende Punkte sind auf die Tagesordnung gesetzt:

1. Festsetzung der Arbeitszeit in den Fabriken auf höchstens 11 Stunden täglich, an den Vorabenden von Sonn- und Festtagen auf höchstens 10 Stunden.
2. Verbot der Kinderarbeit in den Fabriken bis zur Entlassung aus der obligatorischen Volksschule.
3. Erklärung der Sekundarschule als obligatorische Volksschule, d. h. obligatorischer und unentgeltlicher Sekundarschulunterricht.
4. Unentgeltlicher Unterricht der Schweizerbürger an allen höheren Schulen und Lehranstalten des Kantons, eventuell materielle Staatshülfe für diejenigen Schweizerbürger, welche die Fähigkeiten, aber nicht die Mittel besitzen, solche Anstalten zu besuchen.

Gelegentlich eines lügenhaften Berichts über ein angeblich mißlungnes Meeting der Internationalen in Amsterdam behauptete vor Kurzem unsere Bourgeoispresse, unter den Holländischen Arbeitern hätten die sozialistischen „Irrlehren" keinen günstigen Boden gefunden, und sei es den „Aposteln" der Internationalen Arbeiterassoziation trotz aller Anstrengungen nicht gelungen, Fuß zu fassen. Zur Beruhigung der Herrn Bourgeois sei hier mitgetheilt, daß die Internationale Arbeiterassoziation in Holland zahlreiche Sektionen hat, u. A. eine in Amsterdam, und daß diese Sektionen während der Pfingstfeiertage in genannter Stadt einen Congreß abhalten werden. —

Der diesjährige Verbandstag der (Hirsch-Dunckerschen) Deutschen Gewerkvereine soll nach dem Beschluß des Centralraths am 27. und 28. August in Berlin abgehalten werden.

In der Nr. 20 des „Gewerkverein" verlangt Herr Dr. Max Hirsch ein Belobigungs-Attest von uns darüber, „daß die Fortschrittspartei von Anfang bis zu Ende den Kampf für die Arbeiter-Interessen bei dem Haftpflicht-Gesetz mit aller Entschiedenheit geführt hat." — Obgleich es nicht unsere Art ist, zu loben, wo Jemand nichts weiter als seine Schuldigkeit thut, so wollen wir doch, namentlich in Anbetracht dessen, daß die Fortschrittspartei bereits stark bei den Hirsch-Duncker'schen Gewerkvereinen in Mißkredit gekommen ist und ein Anerkennungsattest von uns ihr also nützlich sein kann, dem Wunsch des Hrn. Dr. M. Hirsch nachkommen, indem wir bestätigen, daß der größere Theil der Fortschrittspartei bei dem Haftgesetz sein Möglichstes gethan hat, dasselbe seinem Zweck entsprechend zu machen. Ja wir bekennen sogar, daß es uns recht angeheimelt hat, als der Abg. Duncker den streng-sozialistischen Satz aufstellte, der „Staat als die organisirte Gesellschaft" habe die Berechtigung, sich als den Hort der Schwachen gegen die Starken zu erweisen. Dagegen müssen wir Verwahrung einlegen, wenn Herr Dr. Max Hirsch weiter behauptet, der Abg. Bebel habe „im Wesentlichen die Worte des Mannes wiederholt, den Bebels Freunde so oft als den „mit 40,000 Thaler vom Kapital gekauften Verräther der Arbeitersache" aufs Gemeinste verläumdet haben." Herr Schulze-Delitzsch seinerseits dürfte nicht minder Verwahrung einlegen gegen eine Identifizirung mit den von Bebel ausgesprochenen Ansichten. Daß zwei Männer von sonst entgegengesetzten Standpunkten, die in einer Frage zufällig bis zu einem gewissen Punkte übereinstimmen, auch theilweise gleiche Gründe anführen, liegt in der Natur der Sache. Zudem ist das in Frage stehende Gesetz kein sozialistisches Gesetz, es ist ein solches, bei dem jeder humane Bourgeois mit den Sozialisten gehen muß, da letztere nichts weiter verlangen, als daß, so lange die heutige Produktionsweise existirt, der Unternehmer, der den Nutzen aus der Arbeitskraft zieht, auch für jeden Leibesschaden, den er durch mangelhafte Einrichtung und eignes Verschulden verursacht, ganz und voll haftet.

Die Fortschrittspartei war über die Grenze dieser Haftpflicht trotz alledem gespalten, da die Anträge von Schaffrath, Schulze ꝛc. nur von einem Theil der Partei unterstützt wurden. Dr. Becker-Dortmund (!) erklärte sogar, mit der Regierungsvorlage fürlieb nehmen zu wollen. Dem sozialistischen Standpunkt direkt feindlich aber war die Erklärung des Abg. Schulze: auch er wünsche seinerseits, wie der Abg. Lasker in seinem Antrag, die Kooperation von Arbeitern und Arbeitgebern zum Schutz gegen Unglücksfälle, nur sollten die jetzt bestehenden Kassen, wie Lasker wollte, nicht zu solchen Zwecken benutzt werden. Wir denken, die entgegengesetzten Verhältnisse zwischen Arbeitern und Arbeitgebern hat der Abg. Bebel genügend betont und es ist daher wohl nur ein Kartenkunststückchen, wenn Herr Dr. Max Hirsch in seinem Blatt behauptet, dieser habe im „Wesentlichem" dasselbe gesagt, wie der Abg. Schulze-Delitzsch.

Das Haftgesetz gab den Beweis, daß die Sozial-Demokratie, wenn sie auch im „Reichstag" nur schwach vertreten ist, doch bereits auf den Bourgeois-Liberalismus einen so starken Druck ausübt, daß er heute bereitwillig zugiebt, was er vor wenig Jahren noch hartnäckig verweigert hätte. Im Prinzip hat man zugegeben, daß es Sache des Staats ist, den Schwächeren gegen den Stärkeren zu schützen. Die Konsequenz dieses Prinzips führt nothwendigerweise zu sozialistischen Maßregeln und schließlich zum sozialen Staat. Heute bekämpft der Liberalismus des Hrn. Dr. M. Hirsch noch den Normalarbeitstag — wie lange wird es noch dauern, und auch diese Forderung der Arbeiterpartei wird von ihnen akzeptirt?

Der „Deutsche Demokrat" vom 7. Mai schreibt:

„General Vogel von Falckenstein verbot während seiner Militärdictatur unter andern Blättern auch den „Volksstaat", in Leipzig erscheinend. Die Postexpeditionen in den vom Belagerungszustand befallenen Provinzen nahmen stets das Abonnement an, konnten aber nachher das Blatt nicht liefern. Jetzt — zuerst freilich lehnten sie die Nachlieferung ab, da aus Leipzig die Nachricht einging, das fehlende Quartal sei nicht mehr zu beschaffen — scheint andere Nachricht eingetroffen zu sein und wird das 1. Quartal dieses Jahrganges den Abonnenten auf Verlangen nachgeliefert. Wir veröffentlichen diesen Fall, um dem Herrn General zu beweisen, wie sehr unnütz er sich abgequält."

Chemnitz. Die „Freie Presse", die unsre nationalliberal-fortschrittlichen Bourgeois durch einen kleinen Staatsstreich zu vernichten hofften, (sämmtliche hiesige Druckereibesitzer wurden veranlaßt, das „Schandblatt" nicht zu drucken) ist in den Besitz einer eignen Druckerei gekommen und erscheint seit vorigem Donnerstag wieder.

Aus Heine's „Deutschland. — Ein Wintermärchen".*)

Ein kleines Harfenmädchen sang.
Sie sang mit wahrem Gefühle
Und falscher Stimme, doch ward ich sehr
Gerührt von ihrem Spiele.

Sie sang von Liebe und Liebesgram,
Aufopfrung und Wiederfinden
Dort oben in jener bessern Welt,
Wo alle Leiden schwinden.

Sie sang vom irdischen Jammerthal,
Von Freuden, die bald zerronnen,
Vom Jenseits, wo die Seele schwelgt
Verklärt in ew'ger Wonnen.

Sie sang das alte Entsagungslied,
Das Giapopeia vom Himmel,
Womit man einlullt, wenn es greint,
Das Volk, den großen Lümmel.

Ich kenne die Weise, ich kenne den Text,
Ich kenne auch die Verfasser;
Ich weiß, sie tranken heimlich Wein
Und predigten öffentlich Wasser.

Ein neues Lied, ein besseres Lied,
O Freunde, will ich Euch dichten:
Wir wollen hier auf Erden schon
Das Himmelreich errichten.

Wir wollen auf Erden glücklich sein,
Und wollen nicht mehr darben;
Verschlemmen soll nicht der faule Bauch,
Was fleißige Hände erwarben.

Es wächst hinieden Brod genug
Für alle Menschenkinder,
Auch Rosen und Myrten, Schönheit und Lust,
Und Zuckererbsen nicht minder.

Ja, Zuckererbsen für Jedermann,
Sobald die Schoten platzen!
Den Himmel überlassen wir
Den Engeln und den Spatzen.

Und wachsen uns Flügel nach dem Tod,
So wollen wir Euch besuchen
Dort oben, und wir, wir essen mit Euch
Die seligsten Torten und Kuchen.

Ein neues Lied, ein besseres Lied!
Es klingt wie Flöten und Geigen!
Das Miserere ist vorbei,
Die Sterbeglocken schweigen.

Die Jungfer Europa ist verlobt
Mit dem schönen Genius
Der Freiheit, sie liegen einander im Arm,
Und schwelgen im ersten Kusse.

Und fehlt der Pfaffensegen dabei,
Die Ehe wird gültig nicht minder —
Es lebe Bräutigam und Braut
Und ihre zukünftigen Kinder!

*) Da uns mitgetheilt worden, daß manche Leser dieses schon wiederholt und auch in voriger Nummer von uns erwähnte Gedicht nicht kennen, so theilen wir heute ein Bruchstück des ersten „Kaput" mit und werden gelegentlich weitere Auszüge bringen. Das „Wintermärchen", wohl die beste, jedenfalls die witzigste und treffendste Satire deutscher Zunge, ist im Januar 1844 geschrieben; der Anlaß und Rahmen dazu bot eine Reise, welche der verbannt in Paris lebende Heine kurz vorher nach Hamburg, zu seiner Mutter, gemacht hatte. Im ersten „Kaput" betritt der Dichter den deutschen Boden:

„Und als ich die deutsche Sprache vernahm,
Da ward mir seltsam zu Muthe."

Kein Wunder — es war „das alte Entsagungungslied", das ihm zuerst in die Ohren klang. — —

Harburg. Wenig Neues und noch weniger Erfreuliches ist es, was wir diesmal von hier zu berichten haben. Um dem verderblichen Stillleben ein Ende zu machen, zu welchem die Arbeiterbewegung hier am Orte durch den Krieg und durch die unergründliche Weisheit der Anhänger Schweitzers verdammt war, boten wir letzteren an, eine große Vollsversammlung gemeinsam abzuhalten. Die beste Gelegenheit bot uns der heldenmüthige Kampf der Pariser, überhaupt die dortigen Ereignisse. Es war nothwendig, den Lügenberichten in den hiesigen Blättern entgegenzutreten. Druckte doch selbst das Organ der welfisch-partikularistischen Partei die Artikel der „Neuen Preußischen Zeitung" über Assy u. s. w. ab. Jedenfalls eine merkwürdige Taktik.

Leider war auch diesmal ein Einvernehmen mit den Anhängern Schweitzers nicht zu erzielen, und trotzdem viele vernünftiger Gesinnte vollständig mit uns übereinstimmten und selbst gern eine Versammlung wünschten, hielt es Herr Sauthoff für geboten, durch Androhung von Störungen seinerseits den Inhaber des Lokals zu bewegen, uns dasselbe wieder zu entziehen. Es muß hier bemerkt werden, daß nur ein Lokal hier ist, welches, weil es ca. 1500 Personen faßt, zu solchen Versammlungen sich eignet, und aus nahe liegenden Gründen zu Versammlungen beider Parteien so lange verweigert wird, als gegenseitige Ruhestörungen zu befürchten sind.

Wir müssen also, da ebenfalls aus Furcht vor Ruhestörungen unsere Polizeibehörde die Abhaltung einer Versammlung unter freiem Himmel nicht genehmigt, uns in Geduld fügen und es ruhig geschehen lassen, daß durch den Einfluß der gegnerischen Presse, die Arbeiterbewegung immer mehr versumpft und den Zwecken der Gegner dienstbar gemacht wird. Wir dürfen uns deshalb auch gar nicht wundern, daß heute die Arbeiter gerade der Fabrik, die im Jahre 1866 schon die Betheiligung an der Erinnerungsfeier der sogenannten Befreiungskriege entschieden zurückgewiesen, bei dem uns noch bevorstehenden Friedensfeste unserer nationalliberalen Bourgeoisie in erster Reihe marschiren werden. Es geschieht uns übrigens ganz recht; warum haben wir früher für die Verbreitung des jetzt enschlafenen „Sozialdemokrat" gesorgt; dessen Einfluß müssen wir es danken, wenn die Arbeiter sich nun hinstellen und zum Vergnügen des höheren Publikums bei genannter Feier „Heil Dir im Siegerkranz, Herrscher des Vaterlands" programmmäßig gröhlen werden. Ach ja! Es wird ein herrliches Fest werden, dieses Friedensfest, wenn „unsere" Soldaten einziehen und festlich bewirthet werden. Glückliche 7her, die Ihr mit heilen, wenn auch etwas gichtischen oder rheumatischen Knochen retour kommt, das Vaterland habt Ihr vertheidigt, obwohl Ihr Parias in diesem Vaterlande seid, und dermaleinst, wenn Ihr vielleicht der ausgestandenen Strapazen halber ein halb Dutzend Jahre früher als sonst Eure ausgemergelten Knocher zur ewigen Ruhe hinstreckt, ohne Gnade und Barmherzigkeit noch jeder Quadrat-Fuß Eures Vaterlandes, wo Eure Knochen liegen sollen, mit einem Thaler bezahlt werden muß, wenn nicht etwa von den Segnungen des Friedens ein Armenbegräbniß mit obligater Nasenquetsche für Euch abfällt.

Tröstet Euch, Ihr Krieger! Dafür, daß Ihr dem Vaterlande zwei neue Provinzen beigefügt, bekommt Ihr freilich Nichts, Eure Generale aber Jeder ein paar Tausend Thaler Extra-Belohnung. Ihr Gemeinen könnt Euch an der Ehre genügen lassen, auch mit dabei gewesen zu sein, und an der Flasche Heidelbeerenwasser, genannt Rothwein, die wir großen nationalen Patrioten von Harburg Euch als Abfindungssumme für geleistete Dienste gegen den „Erbfeind" heut zum Besten geben.

Zwar haben wir, als Ihr ausmarschirtet, Euch 100 Thlr. Prämie für eroberte Trophäen ausgesetzt, aber das ist schon lange her, wer denkt da noch daran? Und dann haben wir zur Feier des Tages und zu Eurer Ehre ja auch die Harburger Platt-Menage mit dem Schillerkopfe mit Gas illuminirt, was wir freilich, wie so Manches, nicht aus unserer Tasche, sondern aus dem Steuersäckel der armen Arbeiter bezahlen werden.

Diese und ähnliche hirnverbrannte Ideen des vaterlandslosen Gesindels der internationalen Sozialdemokraten werden freilich nicht in der Festrede Ausdruck finden, eben so wenig als unser Vorschlag, im Festzuge zur Verherrlichung der Heldenthaten einen Wagen mit an Bäumen aufgehängten Franktireurs mitzuführen, befolgt werden dürfte. Doch warum verbittern wir uns über das Alles! Wären die Arbeiter unter sich einig und nicht in schurkischer Weise gegen ihr eigenes Interesse irregeleitet — diese ganze servile Verherrlichung des privilegirten Massenmordes wäre unmöglich. Leider bleibt uns vor der Hand nichts anderes übrig als mit Göthe's:

„Wanderer, gegen solche Noth
Wolltest Du Dich sträuben?
Wirbelwind und trockner Koth —
Laßt sie drehn und stäuben!"

uns darüber hinwegzusetzen. Yorck.

Eßlingen, den 11. Mai. Am Sonntag den 7. Mai fand auf Einladung des Reutlinger Arbeitervereins, verbunden mit einem Ausflug, eine Versammlung der Vereine Eßlingen, Reutlingen, Mezingen und Göppingen in Reussen statt, welche trotz der großen Entfernung, welche einige Vereine dorthin hatten, sehr zahlreich besucht war, um, wie Freund Zirbs, Vorstand des Reutlinger Vereins, in seinem Einladungsschreiben bemerkt hatte, Schritte zu berathen, wie die Beschickung des nächsten Parteikongresses, welcher jedenfalls von einem Mitglied aus Schwaben beschickt werden müsse, ermöglicht werden könne, und wie es mit dem würtembergischen Verband, welcher seit Beginn des Krieges seine Verbindung ganz verloren habe, fernerhin zu halten sei.

Wälde (vom Agitationskomitee aus Eßlingen) erstattete kurzen Bericht über die Thätigkeit desselben und bedauerte, daß das Agitationskomitee in Folge des Krieges seine Thätigkeit einstellen mußte, weil zwei Mitglieder abreisten und ein Mitglied zum Militär einberufen wurde und erst nach Friedensschluß eine Neuwahl vorgenommen wurde. Hierauf wurde über die vorliegenden Punkte eine Debatte eröffnet, wobei man sich schließlich dahin einigte, für die würtembergischen Vereine eine Delegirten-Versammlung auszuschreiben, da die heutige Versammlung doch keine bestimmten Beschlüsse fassen könne, und wurde das Agitationskomitee beauftragt, sich mit den Vereinen hierüber in Verbindung zu setzen. Die noch übrige Zeit verbrachte man in Geselligkeit, wobei man noch des „Volkstaat" gedachte, und eine Sammlung hierfür veranstaltete, welche 4 fl. 48 kr. ergab, welche mit diesem Schreiben abgesandt wurden.

Mit sozialdemokratischem Gruß. Das Agitationskomitee,
Wilh. Wälde. J. Egerter. A. Hemminger.

NB. Zuschriften und Gelder sind an W. Wälde Ottilienplatz Nr. 8. einzusenden.

Elberfeld, 12. Mai. Die nationalliberale „Elberfelder Zeitung" vom 8. d. M. bringt eine Notiz aus Haan, daß sich daselbst eine Frau mit ihren drei Kindern, wovon das kleinste noch ein Säugling, die Andern fünf und sieben Jahre alt sind, zu einer daselbst befindlichen Steingrube begeben hätte, um aus „Lebens-Ueberdruß" in einem daselbst befindlichen Wasser, ihrem und ihrer Kinder Leben ein Ende zu machen. Mutter und Säugling seien ertrunken, die andern zwei Kinder auf deren Geschrei gerettet worden. Die Elberfelderin verschweigt natürlich die Ursache, welche diesen „Lebensüberdruß" herbeigeführt hat.—

Ein Berliner Korrespondent der Elberfelderin schrieb vor 14 Tagen ungefähr wörtlich Folgendes:

„Meine Behauptung in Betreff des Cölner Sozial-Demokraten, daß derselbe für Napoleon agitire, muß ich aufrecht erhalten, da derselbe für die Wahl Sonnemanns in Frankfurt gegen Bürgers agitirt hat."*) — Was sagen die Cölner Sozial-Demokraten, was sagt Herr Sonnemann dazu? R. S.

*) Uns nicht recht verständlich. D. R.

Schluß von Seite 1.

des Reichstags nachzusuchen — zu Herzen und verfügte für die baierschen Offiziere gleichfalls „Retablissementsgelder für Instandsetzung und Ergänzung der Uniform- und Ausrüstungsgegenstände", nur mit dem Unterschiede, daß nach seiner Ansicht die Kosten der Generalsuniform nicht (wie der deutsche Kaiser meint) 66⅔ mal soviel betragen, wie die des Sekondeleutnants, sondern 87½ mal so viel: die Skala der baierschen „Retablissementsgelder" geht nämlich von 100 bis 8750 fl. Für die Soldaten vom Offizier abwärts aber giebt es hier gleichfalls keine Retablissementsgelder. — Nicht minder ungerecht, wie die ausschließliche Austheilung der genannten Gelder an die Offiziere, ist die in Aussicht gestellte Verwendung des (aus der erwarteten Kriegskontribution erst zu gründenden) Invalidenfonds von 240 Millionen Thalern. Während nämlich das Verhältniß der gefallenen und verwundeten Offiziere zu dem der Soldaten wie 1 zu 22¼ ist (4990 zu 112,038) soll ihr Antheil am Invalidenfond sein wie 1 zu 3, d. h. von den 240 Millionen sollen 60 für die Offiziere und nur 180 für die Soldaten verwendet werden. — Erwägt man ferner die äußerst niedrigen Sätze, welche der Militärpensions-Gesetzentwurf für die invaliden Gemeinen und die Wittwen und Waisen der Gefallenen der Unterklasse (bis zu 2 Thlr. monatlich herab) annimmt, so muß man mehr als erstaunen über den nachfolgenden (von uns sehr abgekürzten) Erguß des Kriegsministers Roon bei der neulich stattgehabten ersten Lesung jenes Gesetzentwurfs im Reichstag:

„Meine Herren! Ein äußerlicher Anlaß, die Vorlage Ihrem Wohlwollen zu empfehlen, liegt nicht vor, und zwar, weil ich glaube, daß das Gesetz lange und reiflich erwogen ist und in seinen ausführlichen Motiven alles das enthält, was für die Annahme des Gesetzes sprechen könnte. Es ist nur ein innerliches Bedürfniß, welches mich veranlaßt, einige Worte über die Vorlage auszusprechen. Es sind nur innerliche Gründe, die mich leiten, für diejenigen ein Wort zu sprechen, welche mir aus sehr natürlichen Ursachen nahestehen, für die Armee, die Marine, für ihre Verwundeten und Beschädigten. Es ist ein Wort, das ich zu sprechen habe, für die tapfern Waffengefährten, welche minder glücklich als ihre gleich tapfern Waffengefährten aus dem Kampfe, welchen die Nation bestanden hat, hervorgegangen sind, mit Wunden bedeckt und durch Schmerzen gefesselt. Es ist ein Wort der Sympathie, die ich empfinde für alle Diejenigen, die ihre Lieben auf dem Felde der Ehre haben bluten sehen müssen und nunmehr des Trostes und der Hülfe bedürfen, die ihnen das Vaterland zu gewähren hat und, wie ich hoffe, gewähren wird. (Bravo!) Ich glaube umsomehr, daß das Gesetz einer ausführlichen Empfehlung nicht bedarf, als demselben, wie ich voraussetze, nicht nur Ihre Sympathie, die Sympathie einer Versammlung von hervorragenden patriotischen Männern entgegenkommt, sondern daß dasselbe auch im gesammten deutschen Volke einen lauten Widerhall finden wird. Es kann meine Absicht nicht sein, durch schwache rhetorische Mittel auf Ihre Zustimmung und Sympathie einwirken zu wollen: die Sache spricht für sich selbst. Gestatten Sie mir daher nur noch einige Worte über das Maß, in welchem, und über die Mittel, durch welche die Hülfe des Vaterlandes in Anspruch genommen wird. Wärmere Herzen werden meinen, daß mit den Vorschlägen des Gesetzes kaum genug geschehen sei. Daß für die erfolgten Verluste der Ersatz unmöglich ist, leuchtet ein. Es kann sich immer nur handeln um eine Entschädigung, selbst bei den freigebigsten Bewilligungen. Sie bleiben unsre Gläubiger, die tapfern Söhne des Vaterlandes, die für seine Freiheit und Unabhängigkeit, für seinen Ruhm und seine Ehre gekämpft und geblutet haben, auch dann, wenn das Gesetz unverändert durchgeht. Es ist meines Erachtens indeß dabei noch Ein Punkt zu erwägen, um dem gewissen Mitgefühl des Vaterlandes den richtigen Ausdruck zu geben. Es ist keine Frage, daß unsere Kämpfer noch etwas anderes in Rechnung stellen: das ist das Ehrenkapital, das darin liegt, für Ruhm und Größe des Vaterlandes gelitten zu haben. Unsere Verstümmelten, wenn sie uns begegnen, werden von Jedermann hochgehalten, weil ihre verlorenen Glieder eben **kein Verlust**, sondern eine Mehrung ihrer Ehre ist! (sic!) (**Bravo!**) Daß dem Vaterlande jeder verlorene Blutstropfen, jedes erloschene Leben theuer ist und daß darin die Veranlassung liegt, für die Hinterbliebenen der Gefallenen und für die Beschädigten zu sorgen, darin liegt uns das Hauptmotiv für Annahme des Gesetzes. Noch ein Wort über das Maß! Die angesetzten Sätze sind nur eine mäßige Entschädigung, kein Aequivalent. Sie sind formulirt nach der Dienststellung, Dienstzeit, Natur der Invaliden, Geldwerth der Gegenwart und den verschiedenen Graden der Hülfsbedürftigkeit. Sie selbst werden das Bestreben nicht verkennen, in all diesen Beziehungen eine gerechte (!) Vertheilung eintreten zu lassen. Die Mittel für diese Pensionen sind glücklicherweise vorhanden. Wären sie es nicht, wie etwa nach einem unglücklichen Kriege, so würden wir einem unendlichen Elende des Landes begegnen. Das Vaterland würde seinen Kämpfern und Vertheidigern schuldig bleiben müssen, wenigstens zum Theil, was es ihnen schuldet. Wenn nun aber die Mittel vorhanden sind, und wenn wir erwägen, daß diejenigen, für welche ein Antheil an diesen für den Krieg errungenen Mitteln beansprucht werden muß, diese Mittel durch Tapferkeit, Festhalten und Schmerzen haben erkämpfen müssen, so kann ich annehmen, daß Sie ihnen diesen billigen Antheil, den das Gesetz will, nicht vorenthalten werden."

Was soll man zu diesen Rührungsphrasen von „innerlichem Bedürfniß", von „innerlichen Gründen" und „Sympathie" sagen, welche der Kriegsminister hier so salbungsvoll Denen widmet, welche doch nach seinen eigenen Worten „der Hilfe bedürfen, welche ihnen das Vaterland zu gewähren hat" und wozu „die Mittel glücklicherweise vorhanden sind"? Mußte man nicht nach der langathmigen Einleitung dieser Rede, welche letztere übrigens nicht länger als die Einleitung selber ist, vermuthen, der Redner wolle einen Gesetzentwurf vorlegen, welcher die Unterstützung an die Invaliden mit so vollen Händen ausstreue, daß zu befürchten ist, die ganzen 5 Milliarden könnten darin aufgehen? — Doch nein! Kaum sind die Rührungsphrasen erschöpft — so kommt das Geständniß, daß „wärmere Herzen meinen werden, es sei nicht genug geschehen". Das hindert aber den Herrn Kriegsminister nicht, bald darauf die dreiste Behauptung aufzustellen, die Vertheilung nach dem Gesetzentwurf sei „gerecht". Und diese „Gerechtigkeit" selber wird dann dahin definirt, daß sie „kein Aequivalent", sondern nur eine „mäßige Entschädigung" biete. Allerdings ist es wahr, daß „für die erfolgten Verluste der volle Ersatz unmöglich ist." Die Gesundheit ist eben ein unschätzbares Gut. Allein eine Zweithaler-Pension, exclusive fünf Thaler monatlich für eine verlorene Hand, kann doch Niemand für einen auch nur annähernden Ersatz des Verlustes halten, — und einen annähernden Ersatz, den höchstmöglichen — da der volle unmöglich ist — ist der Staat zu geben verpflichtet. — Welch bittere Ironie aber ist für solch einen Unglücklichen, der im Kriege Hände oder Beine verloren hat und nun von Almosen leben muß, weil er doch von der Staatspension nicht existiren kann — welche bittere Ironie ist für solch einen Unglücklichen der Ausspruch, daß „ein verlorenes Glied eben kein Verlust ist, sondern eine Mehrung seiner Ehre"! Kann man das Unglück ärger verhöhnen? Kann man des Schadens grausamer spotten? Und was sollen wir gar erst von dem Bravo! sagen, welches die Abgeordneten dem Redner zujauchzten? — Nach der Logik jenes Satzes ist der Mensch um so ehrenwerther, je mehr Glieder er verloren hat — nun, wir haben keinen Grund, gewissen Leuten abzurathen, sich auf dem vorgeschlagenen Wege der höchsten Ehre theilhaftig zu machen und müssen bloß unsre Verwunderung darüber aussprechen, daß sie sich bisher nicht eifriger um dieselbe bemüht haben. Wohl aus — Bescheidenheit? —

Eine am 15. in Breslau im Wiesner'schen Saale abgehaltene, äußerst zahlreich besuchte Versammlung unserer Parteigenossen, in welcher Reisser einen Vortrag über die Commune von Paris hielt, ist polizeilich aufgelöst worden. Den Grund zu dieser Maßregel gab eine Parallele, die der Redner zog zwischen der Versorgung der Verstümmelten und der Familien der Gefallenen in Paris und derer in Deutschland. Es ist leicht einzusehen, worin der überwachende Polizeikommissarius das Kriterium des Aufreizenden in dieser Parallele erblickte, wenn man bedenkt, wie verführerisch es für einen ehemaligen Unteroffizier oder Feldwebel klingen muß, den Grundsatz ausgesprochen zu hören, daß, wer sein Blut der Sicherheit des Landes geopfert habe, ein Anrecht auf ausreichende Versorgung seitens seiner Mitbürger besitze, ohne dafür weitere Dienste (etwa Ueberwachung von unverstandenen und darum langweilenden Vorträgen) leisten zu müssen, und wie schmerzlich die Entdeckung berühren muß, daß dieser Grundsatz nicht im eigenen Lande gilt. —

Der Reichstag hat in Preßsachen ein paar freisinnige Beschlüsse gefaßt*) — für den Papierkorb des Bundesraths; und in Sachen Stephans ein paar Ohrfeigen empfangen und natürlich eingesteckt.

Unter den Mitgliedern herrscht große Unzufriedenheit, weil die Session „bis tief in den Juni" verlängert werden soll. Selbst die „Deutsche Allgemeine" droht mit Massenflucht der Abgeordneten und daraus resultirender Beschlußunfähigkeit. Strikes sind an der Tagesordnung. Haben in Rom doch sogar die Lakaien Strike gemacht. Warum nicht ein parlamentarischer Strike im Berliner Reichstag?

Die gegenwärtig in Deutschland so sehr überhandnehmenden Strikes veranlaßten den Leipziger sozialdemokratischen Verein, in seiner letzten Sitzung über die Arbeitseinstellungen zu diskutiren, wobei man schließlich zu folgender Resolution gelangte: In Erwägung:

1) daß Arbeitseinstellungen nur eins der Palliativmittel sind, welche für die Dauer nicht helfen;

2) daß das Ziel der Sozialdemokratie nicht blos dahin geht, innerhalb der heutigen Produktionsweise höhere Löhne zu erstreben, sondern die kapitalistische Produktionsweise überhaupt abzuschaffen;

3) daß bei der heutigen bürgerlichen Produktionsweise die Höhe der Löhne sich nach Angebot und Nachfrage richtet und auch durch die erfolgreichsten Strikes über diese Höhe nicht dauernd emporgehoben werden kann;

4) daß in letzter Zeit mehrere Strikes nachweisbar von den Fabrikanten veranstaltet worden sind, um einen plausiblen Grund für die Erhöhung der Waarenpreise während der Messe zu haben, und daß solche Strikes nicht den Arbeitern, sondern nur den Fabrikanten zugute kommen, welche den Preis der Waaren ungleich mehr erhöhen, als den Arbeitslohn;

5) daß verunglückte Strikes die Fabrikanten ermuthigen und die Arbeiter entmuthigen, — also unserer Partei doppelten Schaden verursachen;

6) daß die großen Fabrikanten sogar bisweilen einen Extravortheil von den Strikes haben, indem sie, während die kleinen Fabrikanten nicht arbeiten lassen, ihre Vorräthe mit erhöhtem Gewinn absetzen;

7) daß unsere Partei augenblicklich nicht im Stande ist, so viele Strikes materiell zu unterstützen; —

aus allen diesen Gründen wird den Parteigenossen dringend empfohlen, einen Strike nur dann zu beginnen, wenn gebieterische Nothwendigkeit vorliegt und man über die dazu erforderlichen Geldmittel verfügen kann; ferner: nicht so planlos zu verfahren, wie bisher, sondern nach einem ganz Deutschland umfassenden Organisationsplan. Als bester Weg, Geldmittel und Organisation zu beschaffen, wird die Gründung und Pflege der Gewerksgenossenschaften anempfohlen. —

Unser östreichisches Parteiorgan, der „Volkswille", äußert sich in seiner neuesten Nummer in ähnlicher Weise. Er enthält folgenden Aufruf „an die Parteigenossen":

„Damit die Arbeitseinstellungen auch wirklich zu einem ersprießlichen Resultate führen und nicht blos unnütze Opfer veranlassen, ersuchen wir Euch, überall dahin zu wirken, daß Strikes nur dann begonnen werden, wenn man sich überzeugt hat, daß die zur siegreichen Durchführung derselben nothwendigen Vorbereitungen vorhanden sind. Insbesondere müssen die Arbeiter darauf bedacht sein, daß nicht mehrere größere Strikes zu gleicher Zeit stattfinden, da sonst die gegenseitige Unterstützung erschwert wird. Ferner muß in Betracht gezogen werden, ob das betreffende Geschäft, in welchem die Arbeit eingestellt wird, eine längere Stockung ertragen kann oder nicht. Es muß also bei einer Arbeitseinstellung der Moment abgewartet werden, wo der Kapitalist die Arbeiter am wenigsten entbehren kann.

„Da dem Parteiorgane Berichte über die meisten Strikes zugehen, so dürfte es auch anzuempfehlen sein, eine Anfrage über den Stand derselben an die Redaktion zu richten, für den Fall, daß auf allseitige Unterstützung gerechnet wird. Mit wenigen Worten: Es ist nöthig, daß man mit der Gewißheit des Sieges einen Strike beginnt und sich vorher der nöthigen Mittel zu seiner Durchführung versichert."

Internationale Gewerksgenossenschaft der Manufaktur-, Fabrik- und Handarbeiter.

Zu dem für Pfingsten d. J. bevorstehenden

Webertag in Glauchau

beabsichtigt der Vorort, eine Anzahl Delegirter zu ernennen, welche Auftrag haben, diejenigen Mitgliedschaften unsrer Gewerkschaft in corpore zu vertreten, welche nicht selbst direkt vertreten sein können und werden die Vorortsdelegirten sich mit den anderweitigen Delegirten unsrer Gewerkschaftsmitgliedschaften für den Fall in's Einvernehmen setzen, daß nach Mitgliederzahl Stimmrecht geübt werde. Mitgliedschaften, welche ausdrückliches Mandat geben wollen, haben dasselbe ungesäumt einzusenden an den Bevollmächtigten des Vororts, Bürger Hermann Albert in Glauchau, Weberstraße.

Für die Vorortsverwaltung

Crimmitzschau d. 19. Mai. Motteler 1. Vors.

*) Abschaffung der Zeitungskaution, und der Conzessionirung.

Briefkasten

der Redakton: 1 Thlr. 24 Gr. für den „Volksstaat" erhalten von J. F. Hampe in Hildesheim.

der Expedition: K. in M. 1 Thlr. erh; sandte Bestelltes franko. T. München 7 Thlr. 24 Ngr. 2 Pf. erh; P. in S. 16 Ngr. erh; wird besorgt. M. Glauchau: erhalten Packet. W. in St. Nicht zu beschaffen, Sie haben 3 Ngr. gut. Oe. Breslau: Brief und Packet abgegangen; habe 4 Thlr. 21 Ngr. dafür erhoben. J. H. Zwickau: Sie müssen dies dem dortigen Postamte anzeigen. Die Adr. D's. ist mir nicht bekannt. L. F. Waldheim, Annonce 3 Sgr.

Arbeitsvermittlung.

Gute **Cigarrenarbeiter**, am liebsten unverheirathet, finden bei gutem Lohn dauernde Beschäftigung in der Fabrik von August Winkler in Colditz.

Todes-Anzeige.

Motto; Die Formen wechseln nur,
Kraft und Stoff bleibt ewig.

Heute, den (11. April Abends 10 Uhr) trat der, mit tief innigster Ueberzeugung auf freiester Naturanschauung stehende, für sein von der Vernunft gerechtfertigtes Ideal, den Kommunismus, strebende Republikaner

F. W. Moll

im Alter von (36) Jahren den allgemeinen Weg der Wandlung an, dem alles Seiende (Bestehende) unterworfen ist.

Da obige Anzeige von meiner eigenen Hand geschrieben, deren unausgefüllte Stellen, Datum und Alter von meinen Freunden nach meinem Sein ausgefüllt, so ersuche ich hiermit, meinen letzten Willen zu befolgen, und obige Anzeige allen arbeiterfreundlichen Blättern zum Abdrucke senden zu wollen.

Ober-Höfscheid bei Solingen. **F. W. Moll.**

Der Verstorbene ist uns seit Jahren nach seiner freien Gesinnung in jeder Richtung bekannt.

Durch die bei der Anwesenheit Lassalle's in der Schützenburg hierselbst am 23. September 1863 von den Fortschrittlern hervorgerufenen Excesse wurde er in deren Folgen zu 4monatlicher Gefängnißhaft verurtheilt; darauf ging er nach Nordamerika und war Mitbegründer der in New-York gebildeten Mitgliedschaft des „Allgemeinen Deutschen Arbeiter-Vereins." Von dort zurückgekehrt, wurde er zu dem ersten internationalen Kongreß von der hiesigen Sektion delegirt und blieb bis zum letzten Augenblick überzeugungstreu. Da er unsre Achtung im höchsten Grad verdient, fühlen wir uns doppelt verpflichtet, obige Anzeige nach Ausfüllung der leeren Stellen auf den Wunsch des Verstorbenen zu veröffentlichen, nachdem sie uns von seiner Familie zugesandt worden.

Solingen den 14. Mai 1871.

Im Auftrage der sozialdemokratischen Parteigenossen
Carl von Giesen.

Zur Beachtung.

Um die hiesige Arbeiter-Bewegung mehr zu unterstützen, ersuche ich die Parteigenossen von **Fürth, Nürnberg** u. s. w., sich mit mir in Verbindung zu setzen, und bitte besonders auf die Adresse zu achten.

Mit sozial-demokratischem Gruß

Erlangen, im Mai 1871. **E. Müller**, Maschinenmeister.
Kunstmann'sche Universitäts-Buchdruckerei.

Anzeige.

Hiermit bringe ich allen Parteigenossen zur Anzeige, daß ich seit dem 4. April ein

Gast- & Logishaus für Fremde und Auswanderer

eröffnet habe. Für gutes Logis und Bedienung ist bestens gesorgt und bitte ich daher, im vorkommenden Falle mich zu empfehlen.

M. W. Quick, Gast- u. Logiswirth,
Schaarmarkt Nr. 1, Hamburg.

Für Hamburg.

Sozialdemokratischer Arbeiterverein.

Versammlung am Sonnabend, den 27. Mai, Abends 9 Uhr, im Lokale des Herrn Eberhahn, Zeughausmarkt 31.

Tagesordnung: Die Gründung von Produktivgenossenschaften in der Jetztzeit. Gäste haben Zutritt.

Die Parteigenossen werden dringend ersucht, dieser wichtigen Versammlung beizuwohnen und ihre Freunde zu derselben einzuführen. Niemand fehle! August Geib.

Für Köln.

Die Gewerksgenossenschaft der Schuhmacher und verwandter Gewerke hat wieder regelmäßig Sitzung **jeden Montag halb 9 Uhr**, im Lokale des Herrn Wisdorf, Thieboldsgasse Nr. 102. Gäste haben Zutritt. Im Auftrage: Falk.

Für Cöln.

Oeffentliche Partei-Versammlung,

Sonntag, den 28. dss., als am Pfingstsonntag, Morgens halb 11 Uhr bei Hrn. Wisdorf, Thieboldsgasse Nr. 102. — Freunde sind willkommen.

Um recht zahlreichen Besuch wird dringend gebeten. O. E. Falk.

Zum Webertag in Glauchau.

Alle Corporationen, Innungen u. s. w., die nicht in der Lage sind, einen Delegirten nach hier schicken zu können, werden aufgefordert, beglaubigte Mandate unter der Adresse C. G. Binder, Martinstr. 57., einzuschicken. Das Centralkomitee zu Meerane.

Alle Zeitungen werden ersucht, diese Zeilen aufzunehmen.

Für Dresden.

Mittwoch, den 31. Mai, Abends 8½ Uhr:

Versammlung der sozial-demokratischen Parteigenossen

in der **„Conversation"**, am See 35.

Tagesordnung: Vorbereitung zum Kongreß. — Wahl eines Komitee's.

Die Parteigenossen werden dringend ersucht, Alle zu erscheinen.

Ich ersuche die Parteigenossen, welche Photographien bis zu 2 Dtzd. bestellen, den Betrag in Briefmarken einzusenden, da die Sendung unter Kreuzband geschehen kann und bedeutend an Porto erspart wird.

Mit sozialdemokratischem Gruß

Dresden. Heinrich Knieling Christianstr. 16, 4 Tr.

Für Leipzig.

Volksversammlung.

Donnerstag, den 25. Mai, Abends 8 Uhr, in der

„Tonhalle".

Tagesordnung: Die hohen Kommunalsteuern und die Ausschließung des größern Theils der Steuerzahler von den städtischen Wahlen. Referent: A. Bebel.

Der Vorstand des sozialdemokratischen Arbeitervereins.

Für Leipzig.

Sozialdemokratischer Arbeiterverein.

Die nächste Sitzung fällt wegen der Volksversammlung aus.

Der Vorstand.

Die Parteigenossen unserer Nachbarstädte werden andurch aufgefordert, sich den zweiten Pfingstfeiertag an einem Spaziergang nach **Kriebstein** zu betheiligen. Zusammentreffen früh von 8 Uhr an in der Schankwirthschaft zu Ehrenberg. Es soll diese Partie hauptsächlich dazu dienen, uns enger und fester aneinanderzuketten.

Die Parteigenossen zu Mittweida und Waldheim.

Leipzig: Verantw. Redakteur A. Hepner (Redaktion: Petersteinweg 13).
Druck u. Verlag: F. Thiele. (Expedition: Petersstr. 18).